$\mathsf{D}1$ Resolution: Der Kohlekompromiss kann nur ein Anfang sein – kein weiteres Dorf opfern –

Strukturwandel zivilgesellschaftlich voranbringen

Gremium: Landesvorstand Beschlussdatum: 20.02.2019

Tagesordnungspunkt: Top 1 Grußworte und Formalia

Antragstext

- Nach Jahren des klimapolitischen Stillstands hat die Kohlekommission nun
- Eckpunkte vorgelegt, mit denen Deutschland wieder auf den Pfad des Pariser
- Klimaabkommens kommen kann. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn die in der
- 4 Kommission vereinbarten Revisionsklauseln genutzt werden, um einen schnelleren
- 5 Ausstieg zu forcieren. Nach dem Bericht der Kohlekommission ist klar, dass uns
- 6 noch harte Kämpfe um die Ausgestaltung des Kohleausstiegs bevorstehen. Dennoch
- sind die Eckpunkte ein wichtiges Signal, dass Deutschland als großes
- 8 Industrieland aus der Kohle aussteigt. Ohne den langjährigen Druck der Umwelt- &
- 9 Klimabewegung sowie von uns Bündnisgrünen wäre dies nicht möglich gewesen.
- Nun müssen Bundesregierung und Landesregierungen die Empfehlungen der Kommission
- zügig in Gesetzestexte gießen und umsetzen. Mit Blick auf die fortschreitende
- 12 Klimakrise sowie die Klimaziele ist klar, dass der Kohleausstieg in Deutschland
- und Brandenburg deutlich früher abgeschlossen sein muss als 2038. Damit die in
- der Kommission vereinbarten Revisionsklauseln nicht zur Senkung, sondern zur
- Einhaltung der Klimaziele genutzt werden, braucht es deshalb weiterhin großen
- Druck von Klimaschützer*innen. Denn die Brandenburger SPD steht nicht für mehr,
- sondern weniger Klimaschutz: Nach wie vor kämpft sie für die Umsetzung des
- sogenannten Revierkonzepts der LEAG, mit dem der Brandenburger Kohleausstieg in
- die 2040er Jahre verschoben würde!
- Für NRW hat die Kohlekommission zeitnahe Meilensteine empfohlen, u. a.
- umfangreiche Kraftwerksabschaltungen bis 2022 und den Erhalt des Hambacher
- Waldes. Für Brandenburg dagegen ist weiterhin offen, ob der Tagebau Welzow Süd
- 23 II noch kommt. Für die direkt und indirekt in der Kohle Beschäftigten gibt es
- damit keine Planungssicherheit. Und auch die Einwohner*innen von Proschim wissen
- weiterhin nicht, ob ihr Dorf abgebaggert wird. Verantwortlich dafür sind vor
- 26 allem Ministerpräsident Dietmar Woidke und sein Amtsvorgänger Matthias Platzeck.
- 27 Sie haben in der Kommission die Absage an den neuen Tagebau Welzow Süd II, und
- damit auch ein klares Bekenntnis für den Erhalt Proschims, abgelehnt. Und das,
- obwohl die SPD bereits vor vielen Jahren versprochen hatte, dass Horno das
- 30 letzte Dorf sei, welches aufgrund der Kohle verschwinde. Dass das
- 31 Kommissionsmitglied Hannelore Wodtke als Vertreterin der Welzower Tagebaurand-
- Betroffenen das Kommissionsergebnis deshalb nicht mittragen konnte, ist für uns
- Bündnisgrüne mehr als verständlich. Gemeinsam kämpfen wir weiter gegen den neuen
- Tagebau und für den Erhalt Proschims! Auch die Verkleinerung von bestehenden
- Tagebauen darf kein Tabu sein.
- Neben dem Ausstieg aus der Kohleverstromung muss endlich der begleitende
- 37 Strukturwandel angepackt werden. Laut Kommission sollen dafür in den nächsten 20
- Jahren 16 Milliarden Euro für die Lausitz bereitgestellt werden. Für uns steht
- fest: Die Gelder können nur prozessbegleitend ausgereicht werden, wenn der

- 40 Kohleausstieg auch tatsächlich stattfindet! Sie müssen konkret dem
- 41 Strukturwandel zu Gute kommen und dürfen nicht als Entschädigungen an die
- Braunkohle-Industrie fließen. Außerdem sprechen wir uns für eine deutlich
- stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft aus: Zehn Prozent der Bundesmittel
- sollen für zivilgesellschaftliche Projekte, soziales Unternehmertum, kulturelle
- 45 Projekte etc. verwendet werden.
- 46 Zu einem erfolgreichen Strukturwandel gehören für uns sowohl die Weiterbildung
- der Beschäftigten, der Ausbau der Schieneninfrastruktur (etwa die
- 48 Elektrifizierung der Bahnstrecke Cottbus-Görlitz und der zweigleisige Ausbau der
- 49 Strecke Lübbenau-Cottbus), Investitionen in Zukunftstechnologien rund um
- Digitalisierung und Energiewende sowie die Ansiedlung von
- Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden. Wir drängen darauf, dass umgehend
- geklärt wird, nach welchen Kriterien und über welche Verfahren entsprechende
- 53 Strukturwandelprojekte vom wem wo eingebracht werden können. Wir fordern einen
- Staatsvertrag für die Lausitz! Der von der Landesregierung bereits vor Jahren
- 55 angekündigte Leitbildprozess muss endlich starten. Wir wollen eine gemeinsame
- Vorstellung davon entwickeln, wohin es nach dem Kohleausstieg gehen soll und wie
- das Selbstverständnis der Lausitz im Jahr 2050 aussehen könnte.
- Wer am 1. September 2019 in Brandenburg Bündnis 90/Die Grünen wählt, stimmt für
- 59 Klimaschutz und den schnellstmöglichen Kohleausstieg, gegen den Tagebau Welzow
- Süd II und für den Erhalt Proschims. Wir kämpfen weiter für einen nachhaltigen,
- mit den Menschen vor Ort gestalteten Strukturwandel in der Lausitz.